

- Langzeitarbeitslosigkeit in Hamburg auf hohem Niveau
- 92,60 Euro aus dem Regelsatz für Miete und Heizung
- Altersarmut in Hamburg wächst
- Positionspapier Diakonie Hamburg: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen in Armuts- und prekären Lebenslagen. Befunde und Handlungsnotwendigkeiten
- Positionspapier Diakonie Hamburg: EU-Bürger\*innen in prekären Lebenslagen. Befunde und Handlungsnotwendigkeiten
- IAB: Teilhabechancengesetz wirkt

November 2021

**Liebe Leser\*innen,**

herzlich Willkommen zur ersten Ausgabe des Newsletters Arbeitsmarktpolitik und Existenzsicherung. Dieser Newsletter informiert über arbeitsmarktpolitische Entwicklungen und Armutslagen. Der Newsletter richtet sich an die Fachöffentlichkeit und alle sozialpolitisch Interessierten und gibt alle drei Monate einen Überblick zu folgenden Themen:

- aktuelle Entwicklung von Armut in Hamburg
- relevante Fachinformationen rund um Armut und Arbeitsmarktpolitik in Hamburg
- Fachliche Positionierungen
- Wissenschaftliche Erkenntnisse
- Sozialrechtliche Entscheidungen
- Arbeitshilfen
- Veranstaltungstipps

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und viel Spaß beim Lesen.

Übrigens wären wir sehr dankbar, wenn Sie uns ein kurzes Feedback geben könnten, damit wir die nächste Ausgabe noch interessanter gestalten können. Ein schnelles Feedback können Sie uns einfach [hier](#) geben. Ganz herzlichen Dank!

## Arbeitsmarktpolitik und Armut in Hamburg

### Langzeitarbeitslosigkeit in Hamburg auf hohem Niveau

Die Langzeitarbeitslosigkeit in Hamburg verbleibt auf hohem Niveau. Dies zeigt der Hamburger Arbeitsbericht vom September 2021. Aktuell finden 37 % (28.080) aller arbeitssuchenden Hamburger\*innen länger als ein Jahr keinen Job und in der Grundsicherung für Arbeitslose ist es sogar fast jede\*r zweite Hamburger\*in (49,3%). Dies entspricht einem Anstieg von 29,9 Prozent (+5.709 Personen) innerhalb der letzten 12 Monaten.

Download

## Teilhabechancengesetz: Hamburg bleibt Dritttletzter

Bis Juni 2021 sind in Hamburg 932 öffentlich geförderte Arbeitsplätze (§16i SGB II) geschaffen worden. Dies geht aus einer Auswertung der Bundesagentur für Arbeit vor. Damit belegt Hamburg bei der Umsetzung des Teilhabechancengesetzes bundesweit dem drittletzten Platz. Das Bündnis für öffentlich geförderte Beschäftigung, in dem die Diakonie Hamburg mitwirkt, setzt sich für einen raschen Ausbau von sozialversicherungspflichtigen existenzsichernden Arbeitsplätze in Hamburg ein, um die hohe Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen und gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen.

Download:

[Teilhabe am Arbeitsmarkt, Bundesagentur für Arbeit, Stand Juni 2021](#)

## 92,60 € aus dem Regelsatz für Miete und Heizung

Jeden Monat 92,60 Euro - Das ist der Betrag, den jeder sechste hamburger Haushalt (16%), der auf Sozialleistungen angewiesen ist, durchschnittlich aus den Leistungen für den Lebensunterhalt zuzahlen muss, um eine Wohnung (Miete und Heizkosten) im Jahr 2020 in Hamburg bezahlen zu können. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken hervor. In Hamburg fehlten damit 15.031 Haushalten 92,60 € für Essen, Kleidung, Energie und soziale Teilhabe. Damit leben viele Hamburger\*innen, die von Armut betroffen sind, faktisch deutlich unter dem Existenzminimum.

Download:

[Drucksache 19/31600](#)

## Weiterhin hohe Kinderarmut in Hamburg

In Hamburg wächst weiterhin rund ein Fünftel (19,7%) aller Kinder in Familien auf, die Sozialleistungen beziehen. Das geht aus einem Factsheet der Bertelsmann-Stiftung zu Kinderarmut hervor. Damit hat sich in den letzten fünf Jahren bei den Zahlen in Hamburg kaum etwas getan.

Download:

[Factsheet Kinderarmut, Bertelsmann-Stiftung](#)

## Altersarmut in Hamburg wächst

Erneut ist die Zahl der Hamburger\*innen gestiegen, deren Rente nicht zum Leben reicht und die deswegen Grundsicherung im Alter beziehen. Wie das Statistikamt Nord mitteilt, war jede\*r elfte Hamburger\*in (9%) bzw. 28.100 Menschen über 65 Jahre Ende 2020 auf Grundsicherungsleistungen im Alter angewiesen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Betroffenen um zwei Prozent.

Download:

[Grundsicherung im Alter in Hamburg 2020](#)

## Positionen

### Diakonie Hamburg: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen in Armuts- und prekären Lebenslagen. Befunde und Handlungsnotwendigkeiten

Die Diakonie Hamburg erhebt mit dem Corona-Positionspapier folgende Forderungen:

- Die vereinfachten Antragsverfahren und die Aufhebung von Sanktionen bei der Gewährung von Grundsicherungsleistungen müssen beibehalten und auf alle Rechtskreise ausgeweitet werden.
- Ein barrierefreier Zugang zum Sozialsystem ist sicherzustellen. Hierzu gehören eine verständliche Behördensprache, einschließlich Blindensprache, Gehörlosensprache und einfache Sprache und der systematische Einsatz von Dolmetscherdiensten und Arbeitsmitteln/Assistenzbedarfen für alle.
- Digitale Armut muss beendet und Zugänge zu digitalen Plattformen, Beratungs- und Unterstützungsangeboten für alle sichergestellt werden. Notwendig sind funktionstüchtige, geförderte Endgeräte und kostenlose Fortbildungsangebote für alle, die auf Sozialleistungen angewiesen sind.
- Eine flächendeckende, unabhängige, mehrsprachige und barrierefreie (Sozial-)Beratungslandschaft und wohnortsnahe soziale Infrastruktur ist im höchsten Maße systemrelevant. Sozialräumliche und quartiernahe Beratungs- und Unterstützungsstrukturen und offene Angebote – von der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit bis zur Seniorenarbeit – sind zu stärken und ökonomisch abzusichern.
- Die vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente, insbesondere für Langzeiterwerbslose, müssen konsequent und unbürokratisch genutzt werden, um Wege aus der Arbeitslosigkeit zu finden. Die Zugänge zu den Förderinstrumenten müssen für alle Leistungsberechtigten rechtskreisübergreifend gleichberechtigt gestaltet werden. Arbeits- und Vermittlungsgutscheine, Bildungsgutscheinen und begleitende Unterstützungsangebote müssen für alle offen sein.
- Eine eigene Wohnung, eigene Häuslichkeit und die Sicherung der Privatsphäre muss das Primat und der Orientierungspunkt für alle Personen und Haushalte sein, die zurzeit öffentlich-rechtlich untergebracht sind oder in verdeckter Wohnungslosigkeit leben.
- Alle müssen einen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zu (intensiv-)medizinischen Ressourcen haben. Die medizinischen Angebote sowie die dafür notwendigen (Personal-)kapazitäten sind entsprechend auszubauen.

Download:

[Das Virus trifft nicht alle gleich. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen in Armuts- und prekären Lebenslagen.](#)

### **Diakonie Hamburg: EU-Bürger\*innen in prekären Lebenslagen - Befunde und Handlungsnotwendigkeiten**

Die Diakonie Hamburg erhebt mit dem Positionspapier zu prekären Lebenslagen von EU-Bürger\*innen folgende Forderungen:

- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene müssen liberalisiert und der Zugang von EU-Bürger\*innen zu Sozialleistungen deutlich erleichtert werden.
- Das Recht, auf Dolmetscherdienste zurückgreifen zu dürfen, muss breit bekannt gemacht und entsprechende Dienste müssen zugänglich gemacht werden.
- Wie in anderen Kommunen auch sollte in Hamburg eine Ombudsstelle eingerichtet werden, die Beschwerden und Schwierigkeiten im Umgang mit dem Jobcenter nachgeht.
- Die Freie und Hansestadt Hamburg sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass auch EU-Bürger\*innen einen gesetzlichen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs haben und/oder dass der Eigenanteil deutlich gesenkt wird.
- Grundsätzlich sollte sichergestellt werden, dass in Hamburg niemand ohne Krankenversicherungsschutz leben muss. Schritte in diese Richtung wären die Einführung eines anonymisierten Krankenscheines oder die Übernahme von Kassenbeiträgen bzw. Beitragsrückständen für Menschen in prekären Notsituationen.

Download:

[EU-Bürger\\*innen in prekären Lebenslagen](#)

## Existenzsicherung neu denken - Hartz IV überwinden

In dem Konzeptpapier fordert die Diakonie Deutschland einen umfassenden Umbau des Existenzsicherungssystems, um Hartz IV zu überwinden. Die Kernbausteine sind:

- Eine „Existenzsicherungsstelle“, die für materielle Absicherung sorgt.
- Ein „Kompetenzzentrum Arbeit und berufliche Bildung“, das sich auf eine anreizorientierte Arbeitsförderung konzentriert.
- Vertrauensbasierte „Personenbezogene Soziale Dienste“, insbesondere eine für alle offene „Allgemeine Sozialberatung“, die psychosozialen Hilfebedarfe bearbeitet.

Download:

[Existenzsicherung neu denken - Hartz IV überwinden](#)

## Sozialrecht

### Teilzeit-Studenten ohne BAföG können Anspruch auf Hartz IV haben

Ein Teilzeitstudium ohne BAföG-Anspruch schließt den Anspruch auf SGB II-Leistungen nicht aus. Eine Lebensunterhaltssicherung kann über das SGB II erfolgen, so das LSG Hessen am 12.01.2021

Download:

[LSG Hessen am 12.01.2020 \(L 9 AS 535/20 B ER\)](#)

### Arbeitssuchende mit ausländischer EU-Staatsangehörigkeit können Anspruch auf Grundsicherung haben

Der Anspruch auf Grundsicherung besteht bei ehemaligen Beschäftigten mit einer ausländischer EU-Staatsangehörigkeit auch bei Verlust der Arbeitnehmereigenschaft weiter, wenn sie schulpflichtige Kinder haben. Dies urteilte der EuGH am 06.10.2020.

Download:

[EuGH am 06.10.2020 \(C-181/19\)](#)

## Forschung

### Teilhabechancengesetz wirkt

Die Evaluation des IAB zeigt: Die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes ist sehr erfolgreich. Das Zusammenspiel von geförderter Beschäftigung, einem begleitenden ganzheitlichen Coaching sowie Weiterbildungs- und Praktikumsmöglichkeiten bietet für die Zielgruppe eine zielgerichtete Perspektive für soziale Teilhabe und unterstützt erfolgreich die Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Download:

[IAB-Evaluation der Förderinstrumente nach §16e und §16i SGB II](#)

### Stigmatisierung von Langzeitarbeitslosigkeit belastet und vergrößert nicht die Beschäftigungschancen

Die Erfolgsaussichten von Langzeitarbeitslosen, die sich intensiver als andere in der gleichen Situation um eine neue Stelle bemühen, sind bei Stigmatisierung Grenzen gesetzt. Dazu kommt eine Untersuchung des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Download:

[IAB: Weder faul noch resigniert. Wie Langzeitarbeitslose mit dem Stigma der Arbeitslosigkeit umgehen](#)

### **Kinder sind stärker als andere Altersgruppen von Armut betroffen**

Das Ausmaß der Armutslagen von Kindern ist höher als bei anderen Altersgruppen. Zu diesem Befund kommt eine Studie der Paritätischen Forschungsstelle. Alleinerziehende Haushalte und kinderreiche Familien sind besonders stark betroffen.

Download:

[Kein Kind zurücklassen. Warum es wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut braucht, Paritätische Forschungsstelle](#)

### **Von der Garantierente profitieren häufig Männer**

Begünstigte der Garantierente sind häufig Männer. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Das liegt vor allem daran, dass Frauen die Wartezeitbedingungen nicht erfüllen.

Download:

[Einkommenswirkungen und fiskalische Kosten der Grünen Garantierente, DIW](#)

## **Arbeitshilfen**

### **Neuer Leitfaden ALG/Sozialhilfe von A-Z**

Der Leitfaden ALG II/Sozialhilfe stellt die Regelungen des Arbeitslosengelds II, Sozialhilfe und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dar. Er beruht auf vielen Jahren Beratungs- und Schulungspraxis als Sozialberater\*innen und engagierter Rechtsanwält\*innen und ist deswegen für Beratungszwecke und als Nachschlagewerk gut geeignet.

Download:

[Leitfaden ALG II/Sozialhilfe von A-Z](#)

### **Leitfaden Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktzugangs von Geflüchteten**

Der Leitfaden behandelt die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen für den Arbeitsmarktzugang, und weiteren sozialrechtlichen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus gibt er Hinweise zu Förderprogrammen und befasst sich mit Aufenthaltserlaubnissen, die zum Zweck der Ausbildung und Beschäftigung erteilt werden können. Herausgeber sind das Deutsche Rote Kreuz sowie der Informationsverbund Asyl und Migration.

Download:

[Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktzugangs von Geflüchteten, Deutsches Rotes Kreuz und Informationsverbund Asyl und Migration](#)

## **Veranstaltungstipp**

Fr., 17.12. von 13:00 bis 16:00 Uhr

### **Hartz IV überwinden. Bürgergeld als Neustart für die Existenzsicherung?**

Im Sondierungspapier der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP wird ein Bürgergeld als Ersatz für Hartz IV benannt. Die Diakonie Deutschland und der Evangelische Verband Kirche-Wirtschaft-

Arbeitswelt laden Sie ein, mit Bundestagsabgeordneten konkrete Zukunftsperspektiven zu diskutieren, an denen eine Bürgergeld zu messen ist. Die Veranstaltung findet online statt und wird auch live über YouTube übertragen.

Die Anmeldung ist möglich unter <https://eveeno.com/156596544>

Das vollständige Programm erscheint in den nächsten Tagen unter [www.kwa-ekd.de](http://www.kwa-ekd.de)

## Feedback

Wir interessieren uns sehr für Ihre Meinung. Wie hat der Newsletter Ihnen gefallen? Wir würden uns sehr über ein kurzes Feedback freuen und nehmen gerne weitere Anregungen auf. Eine kurze anonyme Rückmeldung können Sie uns ganz einfach unter folgendem Link geben:

[Feedback geben](#)

Gerne können Sie uns ihr Feedback auch per Mail mitteilen. Schreiben Sie dazu einfach an [newsletter-sozialpolitik@diakonie-hamburg.de](mailto:newsletter-sozialpolitik@diakonie-hamburg.de). Ganz herzlichen Dank.

Falls Sie sich vom Newsletter abmelden wollen schreiben Sie bitte eine Mail an [newsletter-sozialpolitik@diakonie-hamburg.de](mailto:newsletter-sozialpolitik@diakonie-hamburg.de). Vielen Dank.

[Newsletter weiterempfehlen](#)

[Newsletter abbestellen](#)

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

Diakonisches Werk Hamburg –  
Landesverband der Inneren Mission e. V.

Königstraße 54  
22767 Hamburg  
Telefon: 040 30620-325  
Fax: 040 30620-340

E-Mail: [grabbe@diakonie-hamburg.de](mailto:grabbe@diakonie-hamburg.de)

Vorstand: Landespastor Dirk Ahrens (Vs.), Gabi  
Brasch, Stefan Rehm, Pastor Dr. Tobias Woydack

Registergericht: Amtsgericht Hamburg -  
Vereinsregister 5936  
USt-IdNr. des Werkes: DE 118717860

Verantwortlich für den Inhalt:  
Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung, Paul Grabbe